

# DIE PREUSSISCHE OSTASIENEXPEDITION UND DER VERTRAG ÜBER FREUNDSCHAFT, HANDEL UND SCHIFFFAHRT MIT JAPAN (24. JANUAR 1861)

*Bernd MARTIN*

Die Expedition der preußischen Marine in die ostasiatischen Gewässer, die sich einschließlich der unmittelbaren Vorbereitungen über vier Jahre hinzog, war nicht nur ein risikoreiches seemännisches Unternehmen, sondern vor allem auch ein Politikum ersten Ranges. Der neue König, Wilhelm I., bezeichnete die Reise und die unterwegs im Jahre 1861/2 mit Japan, China und Siam abgeschlossenen Verträge in seiner Thronrede 1882 sogar als größten Erfolg seiner bisherigen Regierungspolitik. Unter den Augen der deutschen Öffentlichkeit war der kleine Flottenverband im Dezember 1859 aus Danzig ausgelaufen. Im Oktober 1862 kehrte das Flaggschiff, die „Arcona“, in ihren Heimathafen zurück. Preußen hatte als Vorreiter der deutschen Einigung einen „Akt nationaler Mündigkeit“ vollzogen. Im Vorgriff auf die ersehnte Einheit des Reiches war Deutschland fortan durch die preußische Fahne auf den Weltmeeren präsent. Preußen als Anwalt aller Staaten des Zollvereins und sogar der Hansestädte hatte mit China und Siam eine gesamtdeutsche Abmachung getroffen und war von nun an in diesen beiden Ländern für den Schutz deutscher Kaufleute zuständig. Nur in Japan war das nationale Anliegen am hartnäckigen Widerstand der Shogunatsregierung gescheitert, für die, getreu den japanischen staatspolitischen Vorstellungen, ein Vertrag nur von Herrscher zu Herrscher denkbar war.

Der Vorrang wirtschaftspolitischer Motive bei der Expedition vor militärisch-machtpolitischen Zielsetzungen wurde von der altliberalen preußischen Regierung der „Neuen Ära“ in der Vorbereitungsphase vehement verfochten und auch noch in der Zeit der Durchführung propagiert. Doch als im Februar 1860 im preußischen Abgeordnetenhaus eine Heeresvorlage eingebracht war, begann ein Verfassungskonflikt in Preußen zu schwelen. Dieser warf bald seine Schatten auf das so erfolgreich verlaufende weltpolitische Engagement Preußens, ähnlich wie England über die Ausweitung des Handels zu einer imperialen Macht zu avancieren und auf diesem wirtschaftspolitischen Wege die Einheit der Nation zu erreichen. Spätestens mit der Berufung Otto von Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten (22. September 1862) hatte sich der Primat der Krone und damit des militärischen Oberbefehls durchgesetzt. Das

liberale Zwischenspiel der „Neuen Ära“ war nach vier Jahren beendet. Der Weg zur nationalen Einigung wurde fortan nicht länger als gesamtdeutsches Anliegen vom Wirtschaftsbürgertum geebnet, sondern der Marsch preußischer Militärstiefel zeichnete den Weg in das neue, autoritär geführte Reich vor.

Die Abkehr Preußens von weltweiter Handels- und Hinwendung zu nationaler Machtpolitik sollte der Leiter der Expedition, Friedrich Albert Graf zu Eulenburg, gewissermaßen symbolhaft an seiner eigenen politischen Karriere verdeutlichen. Der ehemalige Generalkonsul und Verfechter einer liberalkapitalistischen Expansionspolitik wurde nach seiner Rückkehr von Bismarck 1862 zum preußischen Innenminister ernannt. Fortan beschäftigte sich der Graf mit den Gegnern der neuen Ordnung Bismarcks, die ehemals in der „Neuen Ära“ seine Förderer gewesen waren.

Die preußische Ostasienexpedition geriet daher bereits ab 1862 allmählich in Vergessenheit. Das monumentale, auf amtlichen Quellen beruhende Erinnerungswerk BERG (1 und 2, 1864/1866) liest sich folglich wie ein akademischer Reisebericht, in welchem die ursprünglichen politischen Intentionen hinter Beschreibungen von Land und Leuten zurücktreten. Wunschbilder von der exotischen Welt Japans wurden festgeschrieben, gewissermaßen amtlich autorisiert, und sollten das deutsche Bild von Ostasien noch über Generationen bestimmen. Die Expedition wurde zum exotischen Abenteuer stilisiert, ihr ursprünglich hochbrisanter politischer Stellenwert vergessen. Die deutsche Geschichtswissenschaft hat die Zeit der „Neuen Ära“ und das Überseeunternehmen ebenfalls weitgehend ausgeklammert, paßt doch beides nicht in die Kontinuität eines vermeintlich preußisch-deutschen Sonderweges. Eine Monographie über die Expedition fehlt bislang, obwohl das Material darüber komplett in den Archiven überliefert ist. Die entsprechende Gegenüberlieferung allerdings fehlt in Japan vollständig, in China und Thailand nahezu.

Das deutsche Material, im wesentlichen Tagebuchaufzeichnungen der mitreisenden Attachés und die Berichte des Gesandten nach Berlin, bildet folglich das einzige Quellencorpus. Dieses vermittelt gute Einsichten in die Motive der politischen und militärischen Handlungsträger auf preußischer Seite, gibt aber ein verzerrtes Bild von den asiatischen Verhandlungspartnern und den ihnen zur Verfügung stehenden politischen Spielräumen. Die innenpolitischen Verhältnisse in Japan blieben den preußischen Besuchern ebenso mysteriös wie die ihrer Ansicht nach unverständlichen politischen Systeme in China oder Siam, dem heutigen Thailand. Das Selbstwertgefühl zivilisatorisch-westlicher Überlegenheit schimmert auch schon in der preußischen Berichterstattung über die

asiatischen Völker durch, obgleich die Preußen als neugierige und leicht verunsicherte Neulinge an Ort und Stelle doch etwas zurückhaltender auftraten als die Vertreter der etablierten Kolonialmächte.

Auf dem Wiener Kongreß (1815) war Preußen zwar als fünfte europäische Großmacht wiederhergestellt worden, konnte aber den Machtanspruch nur auf eine starke Landarmee gründen. Im Gegensatz zu den anderen vier Großmächten besaß das Land, obgleich an der Nord- wie der Ostsee gelegen, keine Kriegsflotte und betrieb auch keine kolonial expansive Außenpolitik. Selbst die in der deutschen Frage mit den Hohenzollern rivalisierenden Habsburger verfügten im Mittelmeer über eine beachtliche Flotte und schickten sich 1858 mit der Weltumsegelung der Fregatte „Novara“ (PETTER 1975: 55) an, maritime Weltpolitik betreiben und dabei Preußen zuvorkommen zu wollen.

\*

Expansionistisches Gedankengut, durchsetzt mit kolonialen Schwärmerien und handelspolitischen Erwägungen, läßt sich in den Staaten des Deutschen Bundes bereits im Vormärz festmachen und sollte 1848 in der Paulskirche in chauvinistischen Parolen kulminieren (FENSKE 1978). Die überspannten Erwartungen der Deutschen in ihrem Sehnen nach dem Reich wurden auf die internationale Politik übertragen. Deutschland sollte von Anfang an eine Weltmacht sein, oder aber gar nicht erst entstehen. Schon der badische liberale Politiker Karl Theodor Welcker verlangte Kolonien für einen blühenden deutschen Außenhandel; ähnlich argumentierte der Nationalökonom Friedrich List, für den Gebietserwerbungen in Europa und Übersee zu den „wesentlichen Bedürfnissen der Nation“ zählten. Auch der beredte Anwalt einer sozialen Monarchie im Rahmen einer großdeutschen Lösung, Lorenz von Stein, propagierte die natürliche Mission Österreichs, die unermesslichen Schätze Asiens von Triest aus zu bergen (FENSKE 1977).

Alle Befürworter einer weltumspannenden deutschen Großmacht politik teilten selbstverständlich die Auffassung, daß eine mächtige deutsche Flotte Grundvoraussetzung einer solchen Handels-, Kolonial- und – was schließlich als weiteres Argument hinzukam – Auswanderungspolitik sei. Die Paulskirche (1848/9) erlebte einen vorläufigen Höhepunkt dieser Flottenbegeisterung und ungezügelter chauvinistischer Reden, fast ausschließlich linker Liberaler und Demokraten, von einem großdeutschen Reich. Für die drohende militärische Auseinandersetzung mit Dänemark wurde aus Spenden eine kleine Bundesflotte zusammengestellt und Preußen, wollte es die Führungsrolle in der nationalen Frage

nicht verspielen, gezwungen, eine Seemacht wider Willen zu werden. Prinz Adalbert von Preußen wurde Oberbefehlshaber dieser weitgehend fiktiven gesamtdeutschen Flotte. In seiner grundlegenden Denkschrift von 1848 forderte er einen Ausbau der deutschen Seemacht in drei Schritten: vom Küstenschutz über den Schutz des Handels zur selbständigen weltweiten Flottenpräsenz (PETER 1975: 1; BOELCKE 1981). Nach dem Scheitern der Revolution wurde der Prinz als „Admiral der preußischen Küsten“ Oberbefehlshaber der kleinen preußischen Flotte<sup>1</sup> und nahm aus dieser Position heraus gewichtigen Einfluß auf die Vorbereitung und Durchführung der See-Expedition nach Ostasien. Als preußischer Militär und königlicher Cousin<sup>2</sup> verfocht der Prinz stets den Vorrang des militärischen Oberbefehls und kriegerischen Einsatzes der Flotte vor handelspolitischen Erwägungen. Die preußische Kriegsflagge sollte den Schutz von Stützpunkten und Kolonien gewährleisten, die Adalbert schon in seiner Denkschrift gefordert hatte, um den Ruhm der Monarchie zu mehren, nicht aber, um die Gewinne der Kaufleute zu steigern.

Das „Reich der Mitte“ war infolge seiner Niederlage im ersten Opiumkrieg durch einen ungleichen Vertrag (1842) dem westlichen Handel gewaltsam geöffnet worden. Da die beiden Siegermächte, England und Frankreich, die erzwungenen Konzessionen wie z.B. niedrige Zollsätze und Konsulargerichtsbarkeit großzügig in der Meistbegünstigungsklausel auch anderen Überseehandel treibenden Nationen offerierten, hatte auch Preußen an der Ausweitung des Chinahandels teil. Wurde der Schiffsverkehr meist von den Hansestädten und hier wiederum vorrangig von Hamburger Handelshäusern abgewickelt, so stammte ein Großteil der Waren, wie Tuche und Industrieprodukte, aus dem sich zur kontinentalen Wirtschaftsmacht entwickelnden Preußen. Bereits 1847 wurde daher in Kanton, dem damals größten chinesischen Überseehafen, der Inhaber des ältesten deutschen Chinahandelshauses Richard von Carlowitz zum preußischen und sächsischen Konsul ernannt (RATENHOF 1985: 30). Dem neuen Konsul jedoch fehlte ein wesentliches Machtmittel, über das seine Kantoneser Kollegen wie selbstverständlich verfügen

---

<sup>1</sup> Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg im Breisgau (fortan: BA/MA) RM1/26, Handakten Prinz Adalbert 1848–1861; RM1/1465, Vortragsjournal Prinz Adalbert 1855–1860.

<sup>2</sup> Adalbert Heinrich Wilhelm, Prinz von Preußen, 29.10.1811 Berlin–6.6.1873 Karlsbad, Sohn des jüngsten Bruders von König Friedrich Wilhelm III. (1797–1840), des Prinzen Wilhelm von Preußen, 1854–1871 Oberbefehlshaber der preußischen Marine, ab 1866 der Marine des Norddeutschen Bundes. Der Prinz war in morganatischer Ehe mit der Tänzerin Therese Ellsler verheiratet und folglich gesellschaftlich nicht hoffähig. Womöglich hat Adalbert diese Diskriminierung durch energisches politisches Auftreten zu kompensieren versucht.

konnten, nämlich Kriegsschiffe, um nationale Interessen gewaltsam durchzusetzen und nötigenfalls den eigenen Leuten militärischen Schutz zu gewähren. Aus der Sicht der Großmächte war Preußen in Ostasien ein geduldeter, da unbedeutender Rivale, der noch dazu in Krisenzeiten auf fremde Militärhilfe angewiesen war.

Während der Taiping-Rebellion bat Konsul Carlowitz die preussische Regierung im Jahre 1853 erstmals um die Entsendung eines Kriegsschiffes, zumal durch die nun ebenfalls – von den Amerikanern – vollzogene gewaltsame Öffnung Japans eine völlig neue Situation in Ostasien entstanden sei. Im Schatten des Krimkrieges, der England und Frankreich gegen Rußland einte und alle drei Mächte vorübergehend in ihrer Ostasienpolitik beeinträchtigte, hatten es die amerikanischen Geschwader unter Gewaltandrohung geschafft, daß die Shogunatsregierung nunmehr in Verhandlungen über die Öffnung des Landes treten mußte. Die Deutschen – so der Konsul – sollten daher „bei den bevorstehenden Veränderungen möglichst kräftig repräsentiert scheinen.“<sup>3</sup> Obwohl der preussische Handelsminister von der Heydt das Ersuchen des Konsuls vehement unterstützte und sogar den reaktionären Ministerpräsidenten Manteuffel für ein solches Unternehmen gewinnen konnte,<sup>4</sup> mußte die Admiralität bedauern. Die wenigen kleinen Schiffe der preussischen Marine seien zu einer solchen Fahrt nach Fernost ungeeignet<sup>5</sup> und würden ohnehin nicht einmal zum Schutz der Ostseeküste ausreichen.

Da Preußen als neutrale Macht ähnlich den Amerikanern von der kriegerischen Verwicklung der übrigen Großmächte nur profitieren konnte, drängten nunmehr auch preussisch-sächsische Handelskreise im Verbund mit den Hansestädten, endlich in Ostasien Flagge zu zeigen. Doch die preussische Marine wies alle Anliegen unter Hinweis auf ihren Zustand als Küstenwache zurück. Selbst als Ministerpräsident Manteuffel die Gunst der Stunde genutzt hatte, um Preußen auf der Pariser Friedenskonferenz als heimliche Siegermacht in den Kreis der Großmächte einzubringen, mußte sich die Marine allen Großunternehmen verschließen.<sup>6</sup> Es fehlten die technischen, aber auch die politischen Voraussetzungen. Das Kabinett der Reaktion schien zu sehr altpreussisch-konservativen Maximen verhaftet und eher den ökonomischen Interessen der Junker als denen des aufstrebenden Wirtschaftsbürgertums zugehört zu haben.

---

<sup>3</sup> BA/MA RM1/2772: Schreiben Carlowitz (Leipzig) – Außenminister vom 7. November 1853.

<sup>4</sup> BA/MA RM1/2880: Schreiben Manteuffel–Admiralität vom 25. September 1854.

<sup>5</sup> BA/MA RM1/2336: Schreiben Admiralität–Manteuffel vom 2. November 1854.

<sup>6</sup> BA/MA RM1/2880: Schreiben Manteuffel–Admiralität vom 26. März 1856.

Erst im Jahre 1858 sollten innen- und außenpolitische Veränderungen einen günstigen Rahmen für preußische Seepolitik schaffen. In China hatten die Engländer und Franzosen in einem neuen Krieg dem „Reich der Mitte“ die Öffnung weiterer Häfen abgetrotzt und zur Sicherung ihres Handelsmonopols die Meistbegünstigungsklausel fallenlassen. Wenige Wochen später, am 29. Juli 1858, hatten sich die Amerikaner in einem ungleichen Vertrag mit Japan einseitig Handelsprivilegien gesichert.<sup>7</sup> Wiewohl der Vertrag als Freundschaftsdienst und Schutz Amerikas gegen die Aspirationen der europäischen Kolonialmächte den weltpolitisch unerfahrenen Japanern schmackhaft gemacht wurde, entsprach er dem egoistischen amerikanischen Verlangen, die einschneidende Wirtschaftskrise im eigenen Land, die weltweite Weiterungen zeitigen sollte, zu überwinden. Obwohl die Tage der alten Regierung Manteuffel gezählt waren, trat sie nun ebenfalls dafür ein, „daß auch Preußen von der dort eingetretenen Wendung der Dinge so schnell wie möglich Nutzen zu ziehen suche und nicht erst abwarte, bis der Handelsstand anderer Nationen den Markt in seinen Besitz genommen hat“<sup>8</sup>. Das konservative Ministerium versuchte ein letztes Mal, durch demonstratives Einschwenken auf eine liberale Außenhandelspolitik den neuen Herrscher für sich einzunehmen.

Wilhelm I. konnte mit der Übernahme der Regentschaft (8. Oktober 1858) für seinen geistig unnachteten Bruder Friedrich Wilhelm IV. eine Wende in der Politik Preußens einleiten. Prinz Wilhelm hatte sich als Generalgouverneur der Rheinlande den Vorstellungen des rheinischen Wirtschaftsbürgertums, der „Wochenblattpartei“, gegenüber aufgeschlossen gezeigt, das englische liberalkapitalistische System zu übernehmen, um Preußen auf diesem Wege zur unangefochtenen Führungsmacht in Deutschland zu erheben. In einer programmatischen Rede vor dem neu berufenen Kabinett Hohenzollern/Auersbach, dem einzigen (alt)liberalen in der Geschichte Preußens, verdeutlichte der Regent am 8. November 1858 seine Ziele, im Inneren und in der auswärtigen Handelspolitik eine „Neue Ära“ einzuleiten: „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung der sittlichen Elemente und durch Ergreifen von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist [...] Die Welt muß wissen,

---

<sup>7</sup> BA/MA RM1/2386: Übersendung des Textes des Vertrages vom 29. Juli 1858 vom preußischen Außenministerium an das Handelsministerium und die Admiralität am 7. Aug. 1858. Text gedruckt in David Lu (Hg.): *Sources of Japanese History*. Vol. II. New York 1974, S. 16–19.

<sup>8</sup> BA/MA RM1/2880: Schreiben Manteuffel–Admiralität vom 8. Oktober 1858.

daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist.“ (HUBER 1963: 31; HAUPTS 1987)

Die Einigung Deutschlands sollte durch das Modell Preußen gewissermaßen von selbst erreicht werden. Preußen schickte sich an, eine gesamtdeutsche Mission anzutreten und die deutsche Einheit – unter Ausschluß Österreichs – auf friedlichem Wege zu erreichen. Im Rahmen dieser neuen liberalen Politik kam einer Expedition nach Ostasien ein besonderes nationales Gewicht zu. Hatte die preußische Marine schon vor dem Regierungswechsel erstmals verhaltene Zustimmung zu dem Seeunternehmen signalisiert,<sup>9</sup> so wurde die geplante Ostasienfahrt nun zum Anliegen der Krone schlechthin. Mit einer Expedition in den Fernen Osten ließen sich auf eindrucksvolle Weise militärisch-machtpolitische Zielsetzungen und handelspolitische Vorteile miteinander verbinden, und Preußen würde in beiden Bereichen die angestrebte Führungsrolle zukommen. Doch das Militärische und das Handelspolitische sollten bald miteinander kollidieren.

Der in seinem Amt bestätigte Handelsminister von der Heydt und der neue Außenminister Schweinitz drängten<sup>10</sup>, wie der Regent, auf eine Beschleunigung der Vorbereitungen, mußten sich jedoch militärischen Sicherheitserwägungen fügen. Solange der militärische Konflikt in Oberitalien zwischen Österreich und Frankreich eine mögliche Gefährdung Preußens darstellte, konnte sich das Land die Entsendung einer Flotteneinheit bei der Gefahr weiterer internationaler Verwicklungen nicht erlauben. Den Befürwortern preußischer Seegelung wurde schmerzhaft vor Augen geführt, daß Preußen schon wegen seiner geographischen Lage Landmacht sei und seine militärischen Kräfte nicht in Abenteuern zur See verzetteln könne. Die Vorbereitungen ruhten daher bis zum Vorfriedensschluß von Villafranca (8./11. Juli 1859). Nur auf der preußischen Marinewerft in Danzig (Schichau) wurden die Abschlußarbeiten an dem zukünftigen Flaggschiff der Marine, der Dampfkorvette „Arcona“, beschleunigt, um dieses mit 3200 Bruttoregistertonnen damals größte Kriegsschiff Preußens zum Jahresende einsatzbereit zu haben.<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> BA/MA RM1/2336: Schreiben Admiralität–Manteuffel vom 1. Nov. 1858.

<sup>10</sup> Ebenda: Schreiben Heydt vom 17. Dez. und Schleinitz vom 30. Dezember 1858 an die Admiralität.

<sup>11</sup> BA/MA RM31/292: Die „Arcona“ wurde am 15. April 1859 in Dienst gestellt, die Besatzung bestand aus 15 Seeoffizieren (bzw. Kadetten) und 335 Matrosen.

\*

Die von dem oberitalienischen Einigungskrieg nach Deutschland überschwappende Begeisterung für den südlich wie nördlich der Alpen noch zu gründenden Nationalstaat konnte für die gesamtdeutsche Mission Preußens in Übersee nutzbar gemacht werden. Eine interministerielle Konferenz in Berlin entschied nunmehr (9. August 1859) endgültig über Durchführung und Zielsetzungen der Expedition. Neben den angestrebten Verträgen mit China, Japan und Siam, d. h. der Aufnahme diplomatischer und handelsmäßiger Beziehungen zu diesen Ländern, die Preußen im Namen aller deutschen Länder – Österreich ausgenommen – abschließen wollte, sollte eine Musterschau deutscher Industrieprodukte geboten werden. Handelssachverständige sollten die Expedition begleiten und großzügig Geschenke, gewissermaßen zur Werbung für die deutsche Industrie, gemacht werden. Ferner sollte der Charakter einer Expedition durch Mitnahme von einigen Wissenschaftlern, Botanikern, Zoologen und Geographen, unterstrichen werden. Auf der Konferenz wurden schließlich koloniale Pläne vage erörtert und dabei mögliche Zonen benannt, die Ostküste Südamerikas sowie Westafrika. In Asien sollten offensichtlich keine Kolonien oder Stützpunkte erworben werden. Die ganze Expedition sollte, so die Ministerien, in erster Linie handelspolitischen Zielen dienen.<sup>12</sup>

Die ursprünglich für Oktober vorgesehene Abfahrt des Verbandes sollte sich wegen interner Differenzen zwischen der politischen und militärischen Führung jedoch um zwei Monate verschieben. Obwohl eine allerhöchste Kabinettsorder sogleich die Vereinbarungen bestätigt hatte, entspann sich zwischen dem Marineoberbefehlshaber Prinz Adalbert und dem Chef der Admiralität, Vizeadmiral Jan Schroeder, ein Streit über Kompetenzen und Befehlsstrukturen.<sup>13</sup> Pochte der königliche Prinz auf die monarchische Prerogative des Oberbefehls und bestand auf einer kriegsmäßigen Ausrüstung bzw. Überfahrt der Schiffe, so war für die Marineverwaltung die militärische Schlagkraft des Verbandes – die ohnehin bei nur zwei Kriegsschiffen und zwei Transportschiffen ihre natürlichen Grenzen haben mußte – völlig zweitrangig. Nach Auffassung des Prinzen Adalbert hatten Zivilisten an Bord von Kriegsschiffen nichts zu

---

<sup>12</sup> BA/MA RM1/2337: Konferenzprotokoll.

<sup>13</sup> BA/MA RM1/2337 bzw. RM1/2879: Schreiben Prinz Adalbert – Marineverwaltung vom 4. Nov. 1859, Antwortschreiben Schroeder 21. Nov. 1859 an den Prinzregenten; Adalbert verweigerte am 9. November die Segelorder. Anfrage des Prinzregenten vom 14. Dez. über Stand der Expedition, Antwortschreiben Adalbert vom 14. Dezember und Schroeder vom 14. Dezember über Differenzen.



suchen, während die Marineverwaltung gerade den zivilen, handelspolitischen Charakter der Mission unterstrich. Offensichtlich ließen sich liberale Außenhandelspolitik und tradiertes preußisches Militärreglement nicht miteinander verbinden.

Der Konflikt vor dem Konflikt, dem erst 1862 in voller Schärfe ausbrechenden Verfassungskonflikt (HAUPTS 1987; BÖRNER 1962) in Preußen, war da und endete mit einem Sieg des Militärs. Des permanenten Haders mit dem Oberbefehlshaber Prinz Adalbert überdrüssig, redete dieser doch unter dem Vorwand militärischen Belangs in alle Entscheidungen über Ausrüstung, Route der Schiffe und schließlich auch die Zielsetzungen der Expedition hinein, demissionierte Vizeadmiral Schroeder im Februar 1861.<sup>14</sup> Neuer Marineminister wurde zusätzlich zu seinem Amt als Kriegs(=Heeres)Minister General Albrecht von Roon. Das gesamte preußische Militär befand sich folglich in der Hand eines Mannes, der als engster Parteigänger Bismarcks das liberale Experiment in der preußischen Politik schnellstmöglich zu beenden gedachte.

Die Expedition in die asiatischen Gewässer nahm daher, mehr und mehr, einen militärischen Charakter an. Dementsprechend rückte auch der Erwerb von Kolonien, notfalls mit Gewalt, immer stärker in das Zentrum der Überlegungen. Da indes ohne Hilfe der etablierten Großmächte, vor allem Englands, weder die Expedition durchführbar noch an den Erwerb von Kolonien zu denken war, wurden die Mächte in gleichlautenden Notizen um Unterstützung der Mission gebeten.<sup>15</sup> Verhielten sich die englische und amerikanische Regierung zurückhaltend<sup>16</sup>, wohl aus Furcht vor einem weiteren Konkurrenten in Ostasien, so zeigte die französische Seite gerade aus diesem Grund größtes Entgegenkommen. Frankreich gedachte Preußen als kolonialen Juniorpartner zu gewinnen, um gemeinsam mit ihm Position gegen die weltweiten britischen Kolonialaspirationen zu beziehen. Der neu ernannte Leiter der Expedition, Friedrich Graf zu Eulenburg, reiste, mit dem Rang eines bevollmächtigten Sondergesandten der preußischen Krone versehen, im März 1860 nach Paris, um sich dort gute Ratschläge zu holen. Die beiden Kommandeure des vereinigten britisch-französischen Geschwaders, das im Lorcha-Krieg (1858/9) die Chinesen bezwungen hatte, gaben jeder auf seine Weise Auskunft. Der Engländer übermittelte konkrete Informationen und stellte Hilfeleistungen für die Schiffe in Aussicht, der Franzose

---

<sup>14</sup> BA/MA RM1/2345: Schroeder zeichnete letztmals am 9.2.1861 ein Dokument ab.

<sup>15</sup> BA/MA RM1/2339: Rundschreiben Schleinitz vom 27. Oktober 1859.

<sup>16</sup> BA/MA RM1/2377: Mitteilungen des Außenministeriums an die Admiralität vom 28. November und 21. Dezember 1859.

wiederum versuchte, die kolonialen Aspirationen der Preußen weiter zu wecken und auf Formosa (chinesisch: Taiwan) zu lenken. Während Frankreich sich in Vietnam (Tongking und Annam) und Cochinchina festsetzen würde, sollten die Preußen mit einem kleinen Landungsgeschwader von 2000 Mann Formosa nehmen (PETTER 1975: 70; SIEMERS 1937). Auf diese Weise, das blieb allerdings unausgesprochen, sollte dem britischen und russischen Einfluß in Ostasien Einhalt geboten werden.

Die französische Anregung fiel in Berlin auf fruchtbaren Boden und wurde, stärker unter militärisch-machtpolitischen Gesichtspunkten, von der Krone aufgegriffen. Wollten Handelsminister Heydt und die Marineverwaltung die handelspolitische Expedition nicht durch risikoreiche Kolonialabenteuer gefährden, so wurde Prinz Adalbert zum wortgewaltigen Anwalt preußischer Kolonialpolitik um jeden Preis. Auf sein Geheiß hin verfaßte das Marineoberkommando eine Denkschrift über die Notwendigkeit, eine Verbrecher- und Auswandererkolonie in klimatisch gemäßigten Breiten für Preußen zu erwerben. Diese Gedanken fanden schließlich allerhöchsten Orts Gehör. Kurz vor seiner Abreise, Eulenburg sollte mit englischen Linienschiffen auf dem kürzesten Weg nach Singapur fahren, erhielt der Gesandte eine Order (11. Mai 1860) seines Monarchen, „einen Punkt zu finden, an welchem sich mit Aussicht auf Erfolg eine preußische Ansiedlung gründen ließe“ (SIEMERS 1937: 22). Patagonien und die Salomonen-Inseln wurden als solche möglichen Plätze genannt. Außerdem wurde Eulenburg ausdrücklich ermächtigt, sich den Kampfhandlungen der europäischen Mächte in China anzuschließen, sollte er auf eine feindliche Gesinnung gegenüber der preußischen Regierung stoßen. Die ursprünglich als friedliche Handelsmission gedachte Ostasienexpedition geriet mehr und mehr unter dem Einfluß der Militärs zu einem machtpolitisch-imperialistischen Unternehmen.

Daß Preußen schließlich doch in keine kriegerische Aktion verwickelt wurde, keine Gewalt in Ostasien anwandte und von Kolonien abließ, war einzig und allein dem Gesandten zu verdanken. Angesichts der ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel und der Seefahrkünste des kleinen Geschwaders hielt Eulenburg – ein Bonvivant und allen Anstrengungen abholder Diplomat – solche Kolonialunternehmen für viel zu strapaziös und risikoreich. Über entsprechende Weisungen aus Berlin setzte sich der Gesandte daher einfach hinweg.<sup>17</sup> Auch mied er bewußt die in China

---

<sup>17</sup> Es gab noch keine Kabelverbindung Europa-Ostasien. Nachrichtensendungen benötigten per Schiff etwa drei Monate, per Überlandpost (via Sibirien) etwa zwei Monate. So lag der erste Bericht Eulenburgs vom 19. September über seine Ankunft in Japan dem Prinzregenten am 18. Dezember 1859 vor (BA/MA RM1/2338).

noch anhaltenden Auseinandersetzungen und lief, entgegen dem ursprünglichen Plan, als erstes Ziel das vermeintlich friedliche Japan an.

Es grenzte aus der Sicht Eulenburgs ohnehin an ein Wunder, daß der Verband von vier Schiffen überhaupt Singapur erreicht hatte. Nach der Jungfernfahrt durch die Ostsee und Nordsee hatte der neue Stolz der preußischen Flotte, die „Arcona“, in Südengland für drei Monate docken müssen. Der Geschwaderchef, ein naturalisierter schwedischer Marineoffizier<sup>18</sup>, sandte einen sechsseitigen Mängelbericht an seine vorgesetzte Berliner Behörde.<sup>19</sup> Die beiden Kriegsschiffe waren zudem hoffnungslos überladen und keinesfalls hochseetüchtig. Oberbefehlshaber Prinz Adalbert hatte mit vielen seiner Befürchtungen recht behalten und konnte diese Situation nutzen, um den Primat des Militärischen weiter zu festigen.

Auch warf die Besatzung der beiden Kriegsschiffe mit insgesamt 652 Seesoldaten größte Schwierigkeiten auf. Fast die Hälfte des zur Verfügung stehenden Seeoffizierscorps mußte auf die Schiffe abkommandiert werden.<sup>20</sup> Erfahrungen auf hoher See hatten die wenigsten von ihnen. Die einfachen Matrosen waren größtenteils zwangsrekrutierte, wehrpflichtige ostpreußische Bauernsöhne<sup>21</sup>, die noch nie ein Schiff betreten hatten und jede Möglichkeit nutzen sollten, dem ungewohnten Naß durch Desertion zu entkommen.<sup>22</sup> Für die spurlos in England während der Reparaturarbeiten verschwundenen Matrosen mußte dann auch Ersatz in Berlin angefordert werden. Dort begann man allmählich am Erfolg des ganzen Unternehmens zu zweifeln, während sich Marineführung, Oberkommando und Verwaltung die Schuld für den miserablen Zustand des Schiffes gegenseitig zuschoben. Selbst Eulenburg konnte sich einiger süffisan-

---

<sup>18</sup> BA/MA RM31v614: Personallisten „Arcona“, Kapitän Henric Ludwig Sunderwall war 1814 in Hägestad/Schweden geboren, 1832 in die preußische Marine eingetreten, sein Kapitänspatent erhielt er 1856.

<sup>19</sup> RM1/2343: Bericht vom 11. Jan. 1860.

<sup>20</sup> RM1/26: Pro Memoria betreffend Expedition nach Japan vom August 1859. Die preußische Marine verfüge, einschließlich der Offiziere beim Oberbefehlshaber und in der Admiralität, nur über 55 Seeoffiziere; für die Expedition würden 18–20 von ihnen gebraucht.

<sup>21</sup> BA/MA RM1/2341: Abschlußbericht über die Reise der „Arcona“ vom 26. Februar 1863: „Die Gesamtzahl der Todten S.M.S. Arcona beläuft sich auf 31“. Sieben Standgerichtsverfahren hatten stattgefunden.

<sup>22</sup> BA/MA RM1/2338: Während der Reparaturarbeiten in England desertierten ein Heizer und 5 Matrosen (Schreiben Oberkommando–Marineverwaltung vom 3. März 1860), in Shanghai desertierten drei Soldaten der „Thetis“ und fünf vom Transportbegleitschiff „Elbe“ (Bericht des Geschwaderchefs vom 5. April 1861).

ter Bemerkungen nicht enthalten, als er den trostlosen Zustand der „Arcona“ in Japan sah, wo das preußische Flaggschiff erneut, zum dritten Mal, repariert werden mußte.<sup>23</sup> Die Landmacht Preußen zahlte offensichtlich Lehrgeld zur See. Der Untergang des kleinen 95 Tonnen schweren Schoners „Frauenlob“, einst aus einer Spende der Frauen für die Bundesmarine angeschafft, im Taifun vor Japan war der härteste Verlust. Das Schiff, das einen Teil der Warenmuster transportierte und für eine solche Fernreise völlig ungeeignet war, ging am 2. September 1860 mit der gesamten Besatzung von 41 Mann verloren.<sup>24</sup> Mit zerfetzten Segeln und der Hilfe ihrer neuen Dampfkesselanlagen erreichten die drei restlichen Schiffe mit dem Gesandten an Bord der „Arcona“ Japan (4. September 1859) und gingen in der Bucht von Edo, dem heutigen Tōkyō, vor Anker.

Die Reise hatte das kleine Geschwader notgedrungen um die halbe Welt geführt, war doch der Suezkanal noch nicht fertiggestellt und der Isthmus nur zu Lande, wie es Eulenburg auf seinem direkten Weg getan hatte, zu durchqueren. An der südamerikanischen Küste hatte das zweite Kriegsschiff, die „Thetis“, lediglich in Montevideo und Buenos Aires festgemacht. Die geplante Suche nach kolonialen Landen unterblieb. Die „Arcona“ und das sie begleitende Transportschiff „Elbe“ wurden sogar auf dem direkten Weg nach Singapur beordert. Der Verband lief um das Kap der Guten Hoffnung und quer durch den Indischen Ozean in den britischen Hafen ein.<sup>25</sup> Das Transportschiff „Elbe“ war auf der Weiterreise an der Südspitze Formosas vor Anker gegangen, um sich mit Frischwasser und Gemüse zu verproviantieren. Doch die Landgänger gerieten in einen Pfeilhagel der Ureinwohner<sup>26</sup> und waren zum Rückzug auf das

---

<sup>23</sup> Ebenda: Bericht Eulenburg vom 22. November 1860: Das Leck in der Arcona sei „durch falsche Metallverbindungen zustande gekommen“. Er habe in Amsterdam in 14 Tagen gelernt, daß man Eisen und Kupfer nicht zusammenbringen dürfe. „Unsere Schiffsbaumeister in Danzig scheinen zur Erkennung dieses Grundsatzes längerer Zeit zu bedürfen.“

<sup>24</sup> Ebenda: Bericht des Geschwaderchefs vom 7. September 1859 nach Berlin. Prompt forderte Prinz Adalbert am 5. Januar 1860 eine Auskunft, warum keine Suchaktion gestartet worden sei. Der Geschwaderchef wies in seiner Antwort auf den Charakter eines Taifuns hin, der jedes Suchen als einen unnützen Zeitverlust habe erscheinen lassen.

<sup>25</sup> BA/MA RM1/2343: Mängelbericht eines britischen Schiffsachverständigen aus Singapur über den schlechten Zustand des Transportschiffes „Elbe“ vom 18. August 1860.

<sup>26</sup> Vermutlich im heutigen Kenting, das damals von Ureinwohnern (Aborigines) bewohnt war, deren Nachfahren noch heute auf den dem Festland vorgelagerten Inseln wohnen. Diese Stämme waren in der Regel Kannibalen.

Schiff gezwungen. Aus sicherer Distanz hatte dann die Schiffsartillerie den „hinterhältigen Angriff“ gerächt und das gesamte Dorf samt einem Teil der Einwohner vernichtet.<sup>27</sup> Dieser selbstherrliche Racheakt vom 22. November 1860 kann als Beginn preußisch-deutscher Kolonialkriegführung gelten, bei der das Leben der Eingeborenen, auch von Frauen und Kindern, nichts zählte. Preußen adaptierte die Methoden der westlichen Großmächte schnell und gründlich.

Die Unerfahrenheit preußischer Seeleute und die Mängel preußischer Schiffsbaukunst waren eklatant – der Nachholbedarf Preußens, wollte es in seiner deutschen Führungsrolle auch Seemacht sein, war enorm und nur mit englischer Hilfe zu schaffen. Das Flaggschiff „Arcona“ schleppte sich von Havarie zu Havarie und hatte im ersten Jahr der Fahrt durch Fahnenflucht und Tod über 20 Leute verloren.<sup>28</sup> Die in England gekaufte „Thetis“ hingegen trotzte allen Naturgewalten erfolgreich, mußte keine Reparaturen über sich ergehen lassen und hatte keinen einzigen Mann auf der Überfahrt verloren. Für die Seeoffiziere und -mannschaften waren mit der geglückten Hinfahrt die größten Schwierigkeiten überwunden, für die Diplomaten begannen sie aber erst mit dem anstehenden Aushandeln der Verträge.

Obwohl das Geschwader angekündigt und der politische Gehalt der Mission der Shogunatsregierung bekannt waren, wurden die Preußen von staatlicher Seite nicht gerade herzlich empfangen, sondern wohl bewußt der damals sehr fremdenfeindlichen Atmosphäre der Hauptstadt ausgesetzt.<sup>29</sup> Der Gesandte und seine Entourage residierten in dem Ortsteil Akabane (heute: Tōkyō, Minato-ku), wo das Shogunat Unterkünfte für Ausländer eingerichtet hatte, bewacht von einem Detachement von *yakunin* [Samurai in Beamtenfunktion]. In dieser fremdartigen Umgebung mit ungewohnten Lebens- und Eßgewohnheiten paarte sich ein schleichendes Gefühl der Angst mit westlich-weißer Überlegenheitsattitüde (EULENBURG-HERTEFELD 1900: 69). Überfälle auf die „fremden Teufel“, meist von herrenlosen Samurai (*rōnin*) begangen, ließen sich auch von der zunehmend unter den Druck gesellschaftspolitischer Veränderungen geratenen Regierung des Shogun kaum verhindern. Noch war die seit der gewaltsamen Öffnung des Landes anstehende Frage nicht entschieden, ob der Gewaltakt nicht rückgängig gemacht und die „Langnasen“ not-

---

<sup>27</sup> BA/MA RM1/2339: Bericht des Kommandanten der „Elbe“ vom 9. Dezember 1860.

<sup>28</sup> BA/MA RM1/2345: Jahresabschlußbericht Geschwaderchef 1860. RM 1/2339: Bericht Eulenburgs vom 7. Nov. 1860.

<sup>29</sup> Über die Situation in Japan siehe den Aufsatz des Vf. über die Öffnung Japans (1992) und SCHWENTKER (1999) sowie STAHNCKE (1987): 120–2.

falls auch mit Gewalt wieder aus dem Lande geworfen werden sollten. Die noch wenigen Fremden im Raum Yokohama-Edo wurden daher von den Einheimischen nicht nur neugierig bestaunt, sondern auch rüde nachgeäfft, so daß es schnell zu Schlägereien zwischen dem gemeinen Volk und den ausländischen Matrosen kam. Weit gefährlicher waren indes gewaltsame Zusammenstöße, die sich aus Unkenntnis um Etikettenfragen ergaben und bei denen beide Seiten gern provozierten, indem sie bewußt ihre Eigenarten und ihre gesellschaftliche Position zur Schau stellten.

So berichtete der preußische Gesandte voller Entrüstung nach Berlin und natürlich an die Shogunatsregierung über einen Zwischenfall, der sich am 22. September 1860 ereignet hatte, „als der Kapitän der *Thetis* und zwei Offiziere beim Spazierritt von einem Individuum, welches zwei Säbel trug und ebenfalls zu Pferde war, angegriffen wurden.“<sup>30</sup> Offensichtlich hatten die Preußen es an der üblichen Ehrerbietung gegenüber einem Samurai fehlen lassen, indem sie nicht aus dem Wege gegangen waren, sondern vielmehr ein solches Ausweichen von dem „japanischen Individuum“ erwartet hatten. Ähnliche mentale, völlig unterschiedliche Dispositionen beeinträchtigten auch die Verhandlungsführung. Die Japaner verstanden das preußische Anliegen, für über 30 Staaten einen Vertrag abschließen zu wollen, nicht und setzten auf Zeit. Eulenburg wiederum war ein solcher Verhandlungsstil, bei dem nichtige Gespräche geführt wurden, völlig unverständlich. Die deutschen Unterhändler blieben jedoch geduldig, liebenswürdig und verloren keinesfalls die Fassung, wie es Eulenburg ein halbes Jahr später in China tun sollte.

Gewissermaßen zur Begrüßung war dem Gesandten ein Schreiben des japanischen „Außenministers“ übermittelt worden, des Inhalts, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Fremdenfeindlichkeit keine weiteren Verträge mit ausländischen Mächten abgeschlossen werden könnten. Auch die von amerikanischer und französischer Seite angebotene Hilfe nutzte in dieser Situation wenig. Die englische Gesandtschaft übte ohnehin den Preußen gegenüber diplomatische Zurückhaltung. Die ersten Berichte Eulenburgs und seiner Attachés nach Berlin waren daher im Tenor eher pessimistisch (EULENBURG-HERTEFELD 1900: 80–2). Die Schwierigkeiten wurden oftmals noch aufgebauscht, um auf diese Weise die eigenen Leistungen hervorzuheben. Ohnehin dauerte, in Ermangelung eines Überseekabels, der Postweg nach Berlin zwei bis drei Monate. Der Gesandte hätte daher auf die Beantwortung einer Anfrage fast ein halbes

---

<sup>30</sup> BA/MA RM1/2339: Wiedergabe des Schreibens Eulenburg–Andō vom 24. September 1860.

Jahr warten müssen, so daß er zum eigenständigen Handeln geradezu gezwungen war.

Als beim ersten angesetzten Treffen der japanische Minister untergeordnete Chargen schickte, erschien Eulenburg erst gar nicht, um das Prestige Preußens als Großmacht zu wahren (STAHNCKE 1987: 135). Lieber ritten die Diplomaten zusammen mit den Offizieren aus, um Land und Leute zu erkunden. Offensichtlich herrschte in ihren Köpfen ein derart positives Japanbild vor, daß sie diese japanischen Demütigungen freundlichst akzeptierten und mit guten Eigenarten ihres Gastlandes konnotierten. In China, dessen Bild zumindest ambivalent war, sollten sich die Preußen ganz anders verhalten und diplomatische Kränkungen automatisch mit der vermeintlichen chinesischen Hinterlist gleichsetzen. Auch die Klischees von unvorstellbarem Schmutz und Dreck sowie grauenhafter Unordnung in China dürften derartige Reaktionen geradezu geschürt haben, während peinlichste Sauberkeit und Ordnung in Japan die Preußen eher zur Zurückhaltung mahnten, sahen sie doch in diesen japanischen Tugenden die größte Verwandtschaft mit preußischen Sitten. Die Sorgfalt der Japaner in der Landwirtschaft und bei den Gartenkulturen hatte es den Preußen ebenfalls angetan. Bei einem Dreitages-Ritt der jungen Diplomaten von Edo über Kanagawa nach Yokohama fanden sie dann auch alle exotischen Stereotypen in der Wirklichkeit bestätigt.<sup>31</sup>

Der ausführliche Bericht über diesen Reitausflug liest sich wie eine einzige Huldigung an Japan. Selbst Ähnlichkeiten im Landschaftsbild mit demjenigen ihrer Heimat wurden konstatiert (obgleich die Umgebung Berlins absolut nichts mit der von Tōkyō gemein hat). Die Fiktion von Gemeinsamkeiten herrschte vor. Größte Attraktion waren die Teehäuser, als kleine Raststätten an den Überlandwegen gelegen. Auch sie wurden gleich wieder mit entsprechenden Berliner Teehäusern verglichen. Auch die „falschen“ Teehäuser, in denen die Kinderprostitution blühte, wurden als exotische Erscheinung wohlmeinend kommentiert und nicht an preußisch-bürgerlichen Moralvorstellungen gemessen. Prostitution sei in Japan ehrenhaft, und entsprechende Dienste für die Ausländer in den von der Regierung installierten öffentlichen Häusern in Yokohama seien ein Ehrendienst für die Nation. Die Preußen priesen zudem den Geschäftssinn der japanischen Kaufleute, obgleich sie vermutlich de facto bei Einkäufen in der Hafenstadt über die Ladentheke gezogen worden waren. Selbst im Gerichtswesen, bei der Vollstreckung eines Todesurteils, erkannten sie heimatliche Verhältnisse wieder. Allge-

---

<sup>31</sup> BA/MA RM1/2877: Ritt nach Kanagawa und Yokohama vom 22. bis 24. September 1860.

mein bestimmte das Wunschdenken von einer preußisch-japanischen Wahlverwandtschaft die deutsche Wahrnehmung der japanischen Umwelt. Bei so viel rezipierten Ähnlichkeiten, erfahrenen Liebenswürdigkeiten und geschauter Anmut konnten die preußischen Unterhändler bei den Verhandlungen – trotz aller Demütigungen – kaum grob werden.

Bei der ersten Zusammenkunft, zu der sich Minister Andō schließlich bequeme, scheint Eulenburg, seinem Bericht zufolge (STAHNCKE 1987: 135f. und Eulenburg an Schleinitz vom 19. September 1860, BA/MA RM1/2344), all seine diplomatische Redekunst angewandt zu haben, um den skeptischen Japaner von der Größe und Bedeutung Preußens zu überzeugen. Preußen sei „an der Spitze Norddeutschlands ebenso mächtig als Rußland, England, Frankreich und Nordamerika [...] die Deutschen seien nicht so handelstreibend wie manche andere Nation. Sie seien ein wesentlich militärisches und wissenschaftliches Volk“, betonte der Gesandte und fügte als seine persönliche Meinung das Wunschbild von der besonderen deutsch-japanischen Partnerschaft hinzu („ich sei überzeugt, daß sich zwischen Japan und Deutschland innigere Beziehungen entwickeln würden, als zwischen Japan und irgendeiner anderen Nation“). Solche respektvollen Worte sollte der Gesandte chinesischen Unterhändlern gegenüber nie gebrauchen. Doch trotz aller Höflichkeit auf beiden Seiten blieb der japanische Minister skeptisch. Er erkundigte sich nach dem Begriff „Regent“ (was offensichtlich in japanischen Vorstellungen eher ein Usurpator war, zumal der preußische König noch lebte) und wollte die genaue Lage Preußens wissen. Die Grenzen Preußens und der vielfache Streubesitz der Hohenzollern wiesen tatsächlich einige Gemeinsamkeiten mit der Tokugawa-Herrschaft (der inneren Familien) auf.

Verhandlungen über einen Vertrag, in dem sich Preußens Führungsanspruch manifestierte, waren ohne jede Aussicht auf Erfolg. Selbst ein normaler Vertrag im Namen der beiden Herrscher stand in den Sternen. Die Japaner weigerten sich, ernsthaft in Verhandlungen zu treten, und tauschten mit den Preußen nur Liebenswürdigkeiten und kleine Geschenke aus. Offen gestand der Gesandte ein, keine Instruktionen für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen zu haben und daß er deswegen auch nichts weiter tun könne als abzuwarten. Eulenburg beteiligte sich an den Ausritten, natürlich von einer preußischen Eskorte begleitet, und besuchte die kleine deutsche Kaufmannskolonie in Yokohama. Offensichtlich war bei den dortigen Deutschen die angestrebte Führungsrolle Preußens ebenfalls umstritten. Von insgesamt neun ansässigen deutschen Kaufleuten erschienen nur sieben zu dem offiziellen Empfang (EULENBURG-HERTEFELD 1900).

Doch von einem Tag auf den anderen änderte sich diese unbefriedigende Verhandlungssituation. Um die Mittagszeit des 13. Dezember 1860



erschieden plötzlich neue Unterhändler, stellten sich vor und eröffneten den erstaunten Preußen, in ernsthafte Gespräche eintreten zu wollen.<sup>32</sup> Als Grund gaben sie an, daß der Gesandte doch einen so weiten Weg zurückgelegt und schon so lange gewartet habe. Offensichtlich verließ es gegen die japanische Etikette, einen so liebenswürdigen Verhandlungspartner nach drei Monaten des Ausharrens mit leeren Händen in seine Heimat zurückzuschicken. Die Regierung, so die Gesandten, habe diesen Beschluß nach reiflichen Überlegungen getroffen, obgleich die herrschende Fremdenfeindlichkeit noch immer anhalte und vor allem aus diesem Grund ein Vertragsabschluß nicht garantiert werden könne.

Die wahren Gründe für den plötzlichen Sinneswandel der Japaner lassen sich nur mutmaßen, da japanische Quellen zu den Verhandlungen fehlen. Möglicherweise spielte das Abwarten der Preußen und ihre immer wieder vorgebrachten Hinweise auf die Ähnlichkeiten zwischen beiden Ländern eine Rolle bei der Entschlußbildung der Japaner, dieses bislang unbekannte europäische Land doch etwas näher kennenlernen zu wollen. Womöglich war es aber auch politisches Kalkül der Shogunatsregierung, das hinter dieser Entscheidung stand, ließ sich doch durch Verträge mit potentiellen Rivalen der allmächtigen Engländer und Amerikaner deren Vorrangstellung schmälern. Es könnten sich hier schon die Anfänge einer außenpolitischen Strategie der beiden ostasiatischen Mächte abgezeichnet haben, die in der Zwischenkriegszeit zum Tragen kommen sollte, nämlich Deutschland als Gegengewicht zu den beiden angelsächsischen Mächten einzusetzen. Auch liegt eine recht einfache Deutung nahe, derzufolge die Japaner den preußischen Gesandten durch dieses überraschende vermeintliche Einlenken von seinen Maximalforderungen abbringen wollten.

Eulenburg, ganz überrascht, bedankte sich ausführlich und betonte, die Regierung könne doch auf alle preußischen Forderungen eingehen, da diese nicht unbillig seien. Der korrekte preußische Unterhändler bestand daraufhin auf dem Austausch der Vollmachten, während die Japaner dies für überflüssig erachteten und lieber in vertraulicher Atmosphäre verhandeln wollten. Beim neugierigen Betrachten des Eulenburgschen Papiers kritisierten sie, daß die Unterschrift des preußischen Königs fehle

---

<sup>32</sup> BA/MA RMI/2877: Aufzeichnungen der Attachés über den Gesprächsverlauf am 13. Dez. 1860. Einer der Unterhändler, Hori, beging anschließend Seppuku (Harakiri), da er sich hintergangen fühlte, weil Eulenburg erneut auf einem Abschluß mit dem Zollverein bestanden und einen entsprechenden Entwurf vorgelegt hatte. Die beiden neuen Unterhändler Muragaki und Takemoto hatten an den Verhandlungen mit den USA teilgenommen und waren gerade von dort zurückgekehrt (STAHNCKE 1987: 144).

und statt dessen der Regent und ein einfacher Minister gezeichnet hätten. Offensichtlich jedoch sahen sie großzügig über diesen, ihrer Ansicht nach formalen, Fehler hinweg. Ob der Zollverein, so die nächste Frage, etwa so etwas sei wie die nordamerikanische Union. Eulenburg mußte verneinen und schlug vor, für alle Staaten einen Einheitsvertrag aufzusetzen. Um seinen Worten den notwendigen Nachdruck zu verleihen, überreichte er einen entsprechenden Vertragsentwurf. Der Handelsvertrag sollte am folgenden Tag ebenfalls im Entwurf folgen.

Eulenburg wünschte Vertraulichkeit der Verhandlungen und bat die Japaner, fortan nicht in so großer Zahl zu erscheinen. Die westliche Hierarchie, nach welcher der Gesandte die alleinige Vollmacht hatte und folglich alles allein entscheiden konnte, übertrug Eulenburg wie selbstverständlich auf die japanische Delegation, die jedoch nur in kollektiver Harmonie beraten und entscheiden konnte. Die Japaner gingen höflich über diesen Wunsch hinweg und ließen sich auch durch einen Fauxpas Eulenburgs nicht aus der Fassung bringen. Der Gesandte erkundigte sich nämlich unverblümt nach dem Verbleib der wertvollen Geschenke für den Shogun, u. a. eine Stempelpresse. Der japanische Delegationsleiter entschuldigte sich wortreich, da für die Präsentation solcher Geschenke an den hohen Herrn die Palastdiener zuständig seien, stellte jedoch Gegengeschenke in Aussicht.

Nun wurde es, die politischen Fragen waren behandelt, familiär: Eulenburg zeigte Fotos seiner Familie und demonstrierte damit auch die technische Überlegenheit des Westens. Die japanische Seite zog nach: Die Deutschen sollten doch mit der Bewirtung nicht so viele Umstände machen, wenn sie, die Japaner, jetzt öfter kämen. Lieber wolle man am Schluß ein Festessen veranstalten. Den Hinweis auf das Abschiedsdinner dürfte Eulenburg kaum, wie von den Japanern intendiert, als Zusage erfolgreicher Verhandlungen verstanden haben. Des weiteren berührte die familiäre Unterredung solche Themen wie die Wettervorhersage durch die Fischer, die Wirkung von Ginseng bei älteren Männern und den Impfschutz gegen Pocken.

Schließlich fanden beide Seiten ihr gemeinsames Thema, das Militär und den Militärdienst. Eulenburg erklärte die allgemeine Wehrpflicht in Preußen. Die japanischen Unterhändler, allesamt Samurai, fanden den Gedanken unerträglich, mit dem gemeinen Mann gemeinsam an Waffen ausgebildet zu werden. Noch besaß die Kriegerkaste der Samurai (im Protokoll steht „samleis“) ihr Waffenmonopol. Eulenburg trug dann etwas dick auf: Preußen könne in wenigen Tagen eine halbe Million ausgebildeter Soldaten für einen Krieg mobilisieren. Daraufhin wollten die Japaner, so das Protokoll, lieber das Thema wechseln und fragten, ob man in Preußen auch Drachen steigen lasse. Doch Eulenburg blieb bei der

Materie: „daß die preußische Jugend hauptsächlich gern Soldaten spiele und schon die kleinsten Kinder gern mit Säbel und Gewehr exerzierten“. Daraufhin kamen die Japaner erneut auf Kinderspiele zu sprechen – offensichtlich war ihnen ein total militarisiertes Land wie Preußen unvorstellbar. Als rangbewußter adeliger Diplomat wollte Eulenburg schließlich noch die entsprechenden japanischen Ränge und Ordensstufen erläutern. Die Auskunft, statt solcher Orden bekomme man in Japan für Verdienste vom „Taikuhn“ (Shogun) Säbel oder Schriftrollen zum Geschenk, scheint die Preußen doch sehr verwundert zu haben.

Das Verhandlungsklima war günstig und offen – wie es später in China nie der Fall sein sollte. Eulenburg scheint dann auch der Verzicht auf einen Gesamtvertrag für den Zollverein nicht schmerzlich zu sein. Der Vertrag sollte nunmehr nur im Namen der beiden Herrscher, des preußischen und des japanischen, abgeschlossen werden. Die Verhandlungen über Detailfragen wurden schließlich überhastet beendet, als am 15. Januar 1861 der in US-Diensten stehende holländische Gesandtschaftsdolmetscher Heusken einem Attentat zum Opfer fiel.<sup>33</sup> Da die Preußen ebenfalls seine Dienste in Anspruch genommen hatten – sämtliche Unterredungen fanden auf Holländisch statt –, konnte dieser Anschlag auch der preußischen Delegation gelten, zumal einige Preußen Zeugen des Vorfalls gewesen waren. In dieser kritischen Situation erneut auffälliger Fremdenfeindlichkeit und möglicher Gegenmaßnahmen der westlichen Mächte scheint den Japanern sehr daran gelegen gewesen zu sein, die Preußen samt ihren beiden Kriegsschiffen so schnell wie möglich außer Landes zu haben.

Am 24. Januar 1861 wurde ein Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet und mit dem Austausch weiterer Geschenke sowie einem Festessen gekrönt. In diesem „ungleichen Vertrag“ wurden Preußen dieselben Sondervorrechte zugestanden wie den anderen Mächten, die bereits Verträge mit Japan geschlossen hatten. Japan begab sich seiner Zollhoheit, da die Einfuhrzölle für westliche Industriewaren limitiert wurden. Die Exterritorialität und damit verbunden die Konsulargerichtsbarkeit galten nun auch für Preußen in Japan, nicht aber für Angehörige anderer Länder. Preußen hatte sich, trotz aller Wahlverwandtschaft mit Japan, in den Kreis der imperialistischen Mächte eingereiht.<sup>34</sup>

Die Mission verließ Japan umgehend in Richtung China, wo das Flaggschiff „Arcona“ beim Einlaufen in Shanghai Grundberührung hatte und erst mit fremder Schlepperhilfe wieder flottgemacht werden konnte.

---

<sup>33</sup> BA/MA RM1/2877: Tagebücher 15. Jan. 1861, auch EULENBURG-HERTEFELD (1900); BRANDT (1901): Bd. 1, 130.

<sup>34</sup> Text im Anhang I des zweiten Bandes von BERG (1866).

te.<sup>35</sup> Die preußische Mission in China schien unter einem ungunstigen Stern zu stehen, der geplante Jubelempfang für das erste preußische Kriegsschiff in Shanghai mußte abgesagt werden, und der Gesandte stahl sich unbemerkt mit Hilfe eines französischen Schiffes an Land. Sieben Monate zermürbender Verhandlungen sollten vor ihm liegen. Doch am Ende erreichte Eulenburg am 2. September 1861 einen Gesamtvertrag für alle Staaten des Zollvereins mit China.<sup>36</sup>

Der erfolgreiche Abschluß des Vertrages mit Japan scheint in Berlin erneut koloniale Begehrlichkeiten geweckt zu haben, die sich nach Unterzeichnung des Abkommens mit China eindeutig auf das geschwächte Reich der Mitte konzentrierten. Von China hatten die Berliner Dienststellen ohnehin, ganz im Gegensatz zu Japan, keine hohe Meinung und wurden durch die abfälligen Berichte Eulenburgs in ihren Vorurteilen weiter bestärkt. Bereits am 23. April 1861 war an Eulenburg die Weisung ergangen, Formosa zu besetzen (SIEMERS 1937: 22f). Offensichtlich konnte der Gesandte diesen Auftrag dilatorisch behandeln, so lange die Verhandlungen in China noch nicht abgeschlossen waren. Als Eulenburg schließlich am 28. Oktober unter Verweis auf das mörderische Klima der Insel und die topographischen Schwierigkeiten ablehnte, entfachte er einen erneuten Streit in Berlin. Der neue Außenminister Bernstorff wollte das Geschwader zurückbeordern<sup>37</sup> und die soeben abgeschlossenen Verträge nicht durch koloniale Aggressionsakte gefährden. Prinz Adalbert hingegen kämpfte für einen Kriegseinsatz der beiden Schiffe – die Zivilisten wollte er schnellstmöglich auf Liniendampfern heimschicken –, um eine Kolonie zu erwerben.<sup>38</sup> Selbst als der König anders entschied, ließ der Prinz, ein Cousin des regierenden Monarchen, nicht locker und bestellte ein neues Gutachten über Formosa. In diesem wurden, wie erwünscht, Klima und Bodenschätze der Insel gepriesen.<sup>39</sup> Die Entscheidung über einen kolonialen Stützpunkt in Ostasien war daher nach Auffassung des Oberbefehlshabers nur vertagt – im Jahre 1897 wurde sie mit

---

<sup>35</sup> BA/MA RM1/2340: Bericht des Geschwaderchefs vom 6. Aug. 1861. Die Havarie hatte sich am 28. Februar 1861 ereignet.

<sup>36</sup> Text im Anhang I des zweiten Bandes von BERG (1866).

<sup>37</sup> BA/MA RM1/2349: Schreiben Bernstorff – Prinz Adalbert vom 4. Januar 1862.

<sup>38</sup> Ebenda: Ausdruck der Enttäuschung im Schreiben Adalbert – Außenministerium 5. Jan. 1862: Adalbert erwirkte beim König, daß die „Thetis“ auf der Rückkehr wenigstens die Gewässer Patagoniens erkunden und im La Plata Flagge zeigen solle (14. und 19. Februar 1862).

<sup>39</sup> BA/MA RM1/26: Der Kommandeur der „Gazelle“, die zur Ratifizierung der Verträge nach Japan gesandt wurde, entsprach dem Anliegen des Oberkommandierenden. Brief vom 11. Juli 1863 aus Hongkong: „Formosa ist ein herrliches Land“.

dem Handstreich gegen Tsingtau umgesetzt. Bei diesem Marineunternehmen waren viele Seeoffiziere dabei, die einst als Kadetten auf der „Arcona“ oder „Thetis“ bei der ersten Ostasienfahrt Dienst getan hatten.

In der Tat war der Grundstein für eine Reichsmarine mit der gelungenen preußischen Ostasienexpedition gelegt worden. Von den insgesamt 64 Marineoffizieren und Seekadetten der Expedition erreichten 23 Personen einen Admirals- oder Generalsrang, zwei wurden Staatssekretäre (Minister) der Marine und der Rest, sofern er nicht aus dem Dienst geschieden oder frühzeitig gestorben war, avancierte zu hohen Offiziersrängen (SUFFA-FRIEDEL 1987: 76).

Die wissenschaftliche Ausbeute der Expedition, im wesentlichen das Resultat einer gesonderten Reise der „Thetis“ in südostasiatische Gewässer, brachten der deutschen Zoologie und Botanik einen enormen Aufschwung. Exotische Tiere, in den Berliner Zoologischen Garten mitgenommen, wurden ebenso studiert wie die vielen exotischen Pflanzen, welche die Heimreise überlebt hatten.<sup>40</sup> Aus der schwimmenden Mustermesse auf der Hinfahrt war auf der Rückreise eine solche südostasiatischer Fauna und Flora geworden. Der Geograph Ferdinand Freiherr von Richthofen verabschiedete sich in China von der Expedition, um auf dem Landweg über Sibirien zurück nach Preußen zu gelangen. Er erkundete als erster Westler schon damals wesentliche Teile Chinas und vermaß sie. Richthofen sollte mit seinen späteren geographischen Expertisen, etwa über die Bucht von Kiautschou, den Kolonial-Befürwortern die Fachargumente liefern.<sup>41</sup>

Das wichtigste Resultat der über zweijährigen Expedition war ein Politikum, das ursprünglich hinter den handelspolitischen Erwartungen hatte zurücktreten müssen. Preußen war weltweit als Großmacht aufgetreten und akzeptiert worden: „Es war ein Stück glücklicher, aktiver Politik, welches Preußen als gleichberechtigt mit den Seemächten und als den Träger der realen Interessen Deutschlands im Fernen Osten erkennen ließ“ (DELBRÜCK 1905: Bd. 2, 184). Doch als die beiden Kriegsschiffe wieder in ihren Heimathafen Danzig einliefen, die „Arcona“ am 6. Oktober und die „Thetis“ am 6. November 1862, war Bismarck preußischer Minister-

---

<sup>40</sup> BA/MA RM1/2340: Bericht des Kapitäns der „Elbe“ über die Heimreise und die Ladung lebender Tiere: 1 Elefant, 20 Affen, 2 Hirsche, 1 Antilope und sogar eine *Boa constrictor* von 14 ½ Fuß waren für den Berliner Zoo bestimmt. Vgl. auch HSIEH (2002). In dieser Arbeit werden erstmals die vollständig im BA/MA erhaltenen Tagebücher und Berichte dieser Reise vom 11.4. bis 29.9.1861 ausgewertet.

<sup>41</sup> Siehe RICHTHOFEN (1877–1912; 1907) sowie ZÖGNER (1997). Richthofen (1833–1905) reiste damals nicht nach Europa zurück, sondern nach Kalifornien und von dort, mit viel Geld versehen, erneut nach China.

präsident. Die Prioritäten für eine deutsche Einigung wurden nunmehr anders gesetzt: Statt liberalkapitalistischem Außenhandel und globaler Präsenz Preußens war Innen- und Militärpolitik angesagt.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Die Ausführungen berühren sich mit drei vorausgegangenen Publikationen des Verfassers zur preußischen Ostasienexpedition:

- The Prussian Expedition to the Far East. In: *Journal of the Siam Society*, Vol. 78, Part 1, 1990, S. 35–43.
- Die preußische Ostasienexpedition in China. Zur Vorgeschichte des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 2. September 1861. In: KUO, Heng-yü und Mechthild LEUTNER (Hg.): *Deutsch-chinesische Beziehungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Berlin, Minerva-Publ. 1991, S. 209–240.
- Die Öffnung Japans durch den Westen: Annahme und Abwehr der westlichen Herausforderung (1853–1890). In: EVERT, Jürgen und Michael SALEWSKI (Hg.): *Staatenbildung in Übersee*, Stuttgart: Steiner 1992, S. 197–220.

### A. DOKUMENTE

#### 1. Bundesrepublik Deutschland: Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Freiburg im Breisgau:

BA/MA RM 1: Kaiserliche Admiralität.

BA/MA RM 1/26: Handakten des Oberbefehlshabers der Marine, Admiral Prinz Adalbert von Preußen, Mai 1849 bis Mai 1863.

BA/MA RM 1/1465: Vortrags-Journal des Oberbefehlshabers der Marine, Apr. 1855 bis Dez. 1860.

BA/MA RM 1/2336–2341: Die Expedition nach Japan bzw. die Expedition nach den Chinesischen Gewässern. Marineministerium, 6 Bde.

BA/MA RM 1/2342–2348: Dito, Marine-Oberkommando, 7 Bde.

BA/MA RM 1/2349: Die Ostasiatische Expedition.

BA/MA RM 1/2350: Die von den Attachés der ostasiatischen Gesandtschaft pp. geführten Tagebücher.

BA/MA RM 1/2377: Entsendung von Kriegsfahrzeugen nach den ostasiatischen Gewässern, Bd. 1: Mai 1867 – Sept. 1869.

BA/MA RM 1/2386: Entsendung von Kriegsschiffen nach Westindien, Bd. 1: Juli 1867 bis Dez. 1868.

- BA/MA RM 1/2772: Die Benutzung der Kriegsmarine zu politischen und merkantilistischen Zwecken, Bd. 2: Nov. 1853 – Sept. 1865.
- BA/MA RM 1/2870: Tagebücher und Berichte der Ostasiatischen Expedition 1861/62.
- BA/MA RM 1/2877: Berichte und Tagebücher des Missionschefs, der Attachés und des Geschwaderchefs der Ostasiatischen Expedition aus Japan über den Zeitraum vom 4.9.1860 bis 4.4.1861.
- BA/MA RM 1/2879–80: Betr. Mit Japan anzuknüpfende Handelsverbindung, 1854–1858.
- BA/MA RM 31: Marinestation der Ostsee.
- BA/MA RM 31/292: Indienstellung der Schraubenkorvette Arcona, Bd. 1: 1859–1863.
- BA/MA RM 31/614: Kommando des ostasiatischen Geschwaders, betr. Personalien der Offiziere des Geschwaders, 1859–1862.

## 2. JAPAN

Tōkyō, Universität Tōkyō, Abteilung für Geschichte, Mikrofilm-Sammlung: Historische Dokumente bezüglich Japan im Ausland. Mikrofilme:

- 6951–37–1–1
- 6951–37–1–2
- 6951–37–1–3
- 6951–37–1–4
- 6951–37–2–1
- 6951–37–5–1

(Fotokopien der Dokumente in bezug auf die preußische Ostasienexpedition, ehemaliges Zentralarchiv der DDR, Merseburg, heute Bundesarchiv Berlin)

## 3. CHINA

a. Volksrepublik China:

Peking, Erstes Archiv (Palastarchiv) Dokumente zu Preußen, 1861, 1 Bd.

b. Taiwan (Republik China):

Nankang, Taipei, Academia Sinica, Institut für Moderne Geschichte, Korrespondenz des Chinesischen Außenministeriums über die Verhandlungen mit der preußischen Delegation, 1861, 3 Bde.

B. LITERATUR

- BERG, Albert (1864, 1866, 1873a, 1873b): *Die preussische Expedition nach Ost-Asien nach amtlichen Quellen*.  
Vol. I: Einleitendes zum Verständnis der Japanischen Zustände. Reisebericht. Berlin: Decker.  
Vol. II: Reisebericht. Anhang I (Der Vertrag mit Japan), Anhang II (Die Ereignisse der letzten Jahre). Berlin: Decker.  
Vol. III: Chinas Beziehungen zum Westen bis 1860. Reisebericht. Berlin: Decker.  
Vol. IV: Reisebericht. Anhang I–IV, Berlin: Decker.
- BOELCKE, Willi A. (1981): *So kam das Meer zu uns. Die preussisch-deutsche Kriegsmarine in Übersee 1822–1914*. Frankfurt a.M., Berlin u. Wien: Ullstein.
- BÖRNER, Karl Heinz (1962): *Die Krise der preußischen Monarchie von 1858 bis 1862*. Berlin (Ost): Akademie-Verlag.
- BRANDT, Max von (1901): *Dreiunddreissig Jahre in Ost-Asien. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten*. Vol. 1 und 2, Leipzig: Wigand.
- DELBRÜCK, Rudolph von (1905): *Lebenserinnerungen 1817–1867*. 2 Bde., Leipzig: Duncker & Humblot.
- EULENBURG-HERTEFELD, Graf Philipp zu (Hg.) (1900): *Ost-Asien 1860–1862 in Briefen des Grafen Fritz zu Eulenburg*. Berlin: Mittler.
- FENSKE, Hans (1977): Lorenz von Stein über Weltpolitik und Kolonien. In: *Der Staat* 16, S. 539–556.
- FENSKE, Hans (1978): Imperialistische Tendenzen in Deutschland vor 1866. Auswanderung, überseeische Bestrebungen, Weltmachtträume. In: *Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft* 97–98, S. 336–383.
- HAUPTS, Leo (1987): Die liberale Regierung in Preußen in der Zeit der „Neuen Ära“. Zur Geschichte des preußischen Konstitutionalismus. In: *Historische Zeitschrift* 227, S. 45–85.
- HSIEH, Chi-Ni (2002): *Die Expedition der „Thetis“ in die südostasiatischen Gewässer*. Magisterarbeit Freiburg i.Br.
- HUBER, Ernst Rudolf (Hg.) (1963): *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*. Bd. 2. Stuttgart: Kohlhammer.
- PETER, Wolfgang (1975): *Die überseeische Stützpunktpolitik der preussisch-deutschen Kriegsmarine 1859–1883*. Diss. phil. Freiburg im Breisgau.
- RATENHOF, Udo (1985): *Die Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871–1945. Wirtschaft – Rüstung – Militär*. Boppard: Boldt.
- RICHTHOFEN, Ferdinand Freiherr von (1877–1912): *China-Ergebnisse eigener Reisen und darauf gegründeter Studien*. 5 Bde. Berlin: D. Reimer.
- Ders. (1907): *Tagebücher aus China*. Ausgewählt und herausgegeben von Ernst Tiessen. 2 Bde. Berlin: D. Reimer.



- SALEWSKI, Michael (1988): Die Preussische Expedition nach Japan (1859–1861). In: *Revue Internationale d'Histoire Militaire* 70, S. 39–57.
- SCHWENTKER, Wolfgang (1999): Die „lange Restauration“. Japans Übergang vom Shogunat zur Meiji-Ära. In: LINHART, Sepp und Erich PILZ (Hg.): *Ostasien: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien: Promedia, S. 47–66.
- SIEMERS, Bruno (1937): Preußische Kolonialpolitik 1861–62. In: *Nippon. Zeitschrift für Japanologie* 3, 1937, S. 20–26.
- SPIESS, Gustav (1864): *Die preussische Expedition nach Ostasien während der Jahre 1860–1862. Reiseskizzen aus Japan, China, Siam und der indischen Inselwelt*. 2 Bde., Berlin, Leipzig: Spamer.
- STAHNCKE, Holmer (1987): *Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan 1854–1868*. Stuttgart: Steiner.
- STOECKER, Helmut (1958): *Deutschland und China im 19. Jahrhundert. Das Eindringen des deutschen Kapitalismus*. Berlin (Ost): Ruetten und Loening.
- SUFFA-FRIEDEL, Frank (1987): Die preussische Expedition nach Ostasien. Verhandlungen, Verzögerungen und Vertragsabschluß. In: KUO, Heng-yü (Hg.): *Berlin und China. Dreihundert Jahre wechselvolle Beziehungen*. (Wissenschaft und Stadt. Publikationen der Freien Universität Berlin aus Anlaß der 750-Jahr-Feier Berlins, Bd. 3). Berlin: Colloquium Verlag, S. 57–70.
- YÜ, Wen-tang (1981): *Die deutsch-chinesischen Beziehungen von 1860–1880*. Bochum: Studienverlag Brockmeyer.
- WULF, Matthias (2000): *Preußen treffen Japaner – das Japanbild der preußischen Ostasienexpedition*. Magisterarbeit, Freiburg i. Br.
- ZÖGNER, Lothar (1997): Ferdinand von Richthofen – Neue Sicht auf ein altes Land. In: HINZ, Hans-Martin und Christoph LIND (Hg.): *Tsingtau. Ein Kapitel deutscher Kolonialgeschichte in China 1897–1914*. Berlin: Deutsches Historisches Museum, S. 72–76.